

Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren,
Integration und Gleichstellung | Postfach 70 61 | 24170 Kiel

Per E-Mail
Bundesministerium des Innern
und für Heimat
Referat AG M 4

Ihr Zeichen: AG M4-21004/204#
Ihre Nachricht vom: 11.10.2022
Mein Zeichen: VIII 402-210493/2022
Meine Nachricht vom: ---

Michael Bestmann
Michael.Bestmann@sozmi.landsh.de
Telefon: 0431 988-3298
Telefax: 0431 988-618-3298

Kiel, 18. Oktober 2022

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren. Diese Möglichkeit nehmen wir gern war.

Die Absicht der Beschleunigung von Asylverfahren und Asylgerichtsverfahren wird von hier generell begrüßt und unterstützt. Die Unterstützung des Gesetzentwurfes erfolgt in dem Wissen, dass Beschleunigungen in rechtlich geregelten Verwaltungsverfahren immer auch einen Spagat darstellen zwischen Verwaltungsökonomie und Entscheidungsqualität. Es gilt, diese Aspekte im Gleichgewicht zu halten. Wird dieses Gleichgewicht nicht eingehalten, kann die Verwaltungsökonomie beim BAMF schnell Auswirkungen auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit und damit auf die Interessen der Länder nehmen.

Diese generellen Ausführungen vorangestellt, wird zu einigen konkreten Regelungsabsichten wie folgt Stellung genommen:

Zu Artikel 1 Ziffer 3:

Die Regelungen des Strafrechtes lassen erkennenden Gerichten bisweilen die Möglichkeit, zwischen Geld- und Freiheitsstrafen zu wählen. Die hier gewählte Formulierung erfordert von einer Verwaltungsbehörde (BAMF) offenbar eine Klärung, welche Entscheidung ein Gericht im Einzelfall treffen würde. Dies könnte dazu führen, dass auch Straftaten, die bei weitem nicht die Schwere der in § 4 Abs. 2 AsylG genannten Straftaten erreichen, zur Versagung subsidiären Schutzes führen können.

Wenn bereits die Begründung dieses Änderungsbefehls davon ausgeht, dass die Anzahl der entsprechenden Fälle nur gering sein dürfte, wird von hier die Frage aufgeworfen, ob die Umsetzung dieser Regelung aus der Richtlinie 2011/95/EU erforderlich ist. Seitens des Landes Schleswig-Holstein wird dafür plädiert, auf diese Regelung zu verzichten.

Zu Artikel 1 Ziffern 5 und 8b:

Die bisherige durch § 11a AsylG eingeräumte Möglichkeit der (verlängerbaren) Aussetzung von Entscheidungen des BAMF durch das BMI soll ersetzt werden durch sehr viel enger gestaltete eigene Möglichkeiten des BAMF durch einen neugefassten § 24 Abs. 4 AsylG.

Mit dieser Neuregelung wird das Gesamtverfahren beim BAMF bis zur Verwaltungsentscheidung im Asylverfahren in Umsetzung von Artikel 31 Absatz 5 der Richtlinie 2013/32/EU auf höchstens 21 Monate begrenzt. Es ist in der Vergangenheit immer wieder vorgekommen, dass Verfahrenszeiten generell oder nur für bestimmte Herkunftsstaaten über 21 Monate hinausgegangen sind. Es stellt sich daher die Frage nach der Vorgehensweise, wenn sich nach Inkrafttreten einer solchen Regelung die maximale Verfahrenszeit als nicht ausreichend herausstellen sollte. Die Formulierung der Neuregelung lässt nur den Schluss zu, dass dann unter Zeitdruck getroffene Entscheidungen erfolgen, die möglicherweise gegebene Entwicklungen in den Herkunftsstaaten nicht hinreichend berücksichtigen. Dies hätte ggf. auch eine Verlagerung entsprechender Recherchen auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit zur Folge und läge damit nicht im Interesse der Länder. Um dies zu vermeiden, bedarf der Entwurf der Nachjustierung um Verfahrensregelungen, die eine Entscheidung innerhalb der Höchstfrist in jedem Fall sicherstellen, z.B. durch eine Verkürzung des Prüfintervalls der Lage in dem betreffenden Herkunftsstaat auf fünf oder weniger Monate.

Zu Artikel 1 Ziffer 6:

Die Einzelberatung durch das BAMF wird in den Landesunterkünften wird nach hiesigen Erkenntnissen bisher verhalten in Anspruch genommen, was auf ein mangelndes Vertrauen der Asylsuchenden in staatliche Einrichtungen hindeuten könnte. Daher trägt die Neuorganisation der Asylverfahrensberatung durch den Bund zur Akzeptanz der Beratung und damit auch hinsichtlich der Entscheidung des Asylverfahrens bei.

Laut dem SH-KoaV für die 20. WP wird die Einführung einer individuellen und unabhängigen Asylverfahrensberatung auf Kosten des Bundes befürwortet. Diese soll, wie auch vom Bund geplant, durch juristische Stellen in den Landesunterkünften erfolgen.

Das Vorhaben des Bundes wird begrüßt und ausdrücklich befürwortet.

Zu Artikel 1 Ziffer 8a:

Diese Regelung enthält einen Widerspruch. Einerseits **hat** des BAMF den Ausländer gemäß § 24 Abs. 1 Satz 3 (neu) AsylG **zwingend** anzuhören. Gleichzeitig werden in der Folge verschiedene Szenarien beschrieben, in denen von der Anhörung abgesehen werden kann. § 24 Abs. 1 Satz 3 AsylG sollte daher eine etwas einschränkende Formulierung erhalten, **z.B.:** Das Bundesamt hat den Ausländer *vorbehaltlich der weiteren Regelungen dieses Absatzes* persönlich anzuhören.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Michael Bestmann

Michael Bestmann

Allgemeine Datenschutzinformationen:

Der telefonische, schriftliche oder elektronische Kontakt mit dem Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung ist mit der Speicherung und Verarbeitung der von Ihnen ggf. mitgeteilten persönlichen Daten verbunden. Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Absatz 1 Buchstabe e der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) der Europäischen Union. Weitere Informationen erhalten Sie hier:

<https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesportal/servicemeta/datenschutz/Datenschutzerklaerung/datenschutzerklaerung.html>